



Der Lohnschutz steht für die Gewerkschaften im Vordergrund.

IMAGO

Gute Löhne statt Abschottung

Mit der Personenfreizügigkeit erhielten Arbeitnehmer aus der EU stabilere Aufenthaltsrechte. Zentral ist dabei ein wirksamer Lohnschutz – er ist die beste Schutzklausel.
Gastkommentar von Daniel Lampart und Vasco Pedrina

Die Gewerkschaften haben sich in letzter Zeit aktiv gegen alle Initiativen engagiert, welche die Einwanderung über Kontingente, das Saisonnierstatut oder andere behördliche Beschränkungen regulieren wollten. Letztmals gegen die SVP-Nachhaltigkeitsinitiative dieses Jahr. Weil es allen Arbeitnehmenden schadet, wenn Eingewanderte schlechter behandelt werden. Schweizer und Eingewanderte arbeiten heute oft nebeneinander. 37 Prozent der Arbeitsstunden werden von Berufstätigen ohne Schweizer Pass geleistet. Die Gewerkschaften setzen sich für gute Löhne und Arbeitsbedingungen für alle ein, statt für Abschottung und Ausgrenzung.

Das war bis zu den Zeiten der Schwarzenbach-Initiative (1970) und den Jahren danach anders. Forderungen nach «Kampf gegen die Überfremdung» und «Plafonierung» waren auch seitens der Gewerkschaftsführungen üblich. Ein Vorreiter des Kurswechsels war ein Gewerkschaftsführer und Politiker der neuen Generation, der Tessiner Ezio Canonica (1922–1978), der damit zum Hauptgegner von Schwarzenbach avancierte. Es wurde schon in den 1960er Jahren offensichtlich, dass die Migration kein Übergangsphänomen war, wie die wiederkehrenden Krisen der Zwischenkriegszeit mit ihren tiefen Migrationszahlen erwarten liessen.

Migration wurde für die wachsende Schweiz in einer internationaleren Welt zur Normalität. Logische Folge daraus war die gewerkschaftliche Organisation der Einwanderer. Der grösste Teil der Einwanderung brachte keine Konkurrenz für die Einheimischen mit sich. Sie wirkte ergänzend und ermöglichte den Schweizern, schneller die Karriereleiter im Betrieb aufzusteigen. Wo es Lohn- druck, schlechte Arbeitsbedingungen und Schwarzarbeit gab – und das gab es im alten, schlecht kontrollierten Kontingentierungssystem immer wieder –, hatte es mit unfairen Praktiken von Unternehmen und mit dem Wegschauen der Behörden zu tun. Die Gewerkschaften setzten neu vermehrt darauf, das gegenseitige Verständnis und die Solidarität zu fördern, um wirksam für gleiche Löhne und Rechte zu kämpfen. Das Ziel war eine Politik der sozialen und gesellschaftlichen Integration.

Eine entscheidende Weichenstellung waren die Entwicklung der bilateralen Verträge und die Personenfreizügigkeit mit der EU in den 1990er Jahren. Die Annäherung an Europa war wichtig für die Löhne und die Arbeitsplätze in unserer offenen Volkswirtschaft. Mit der Personenfreizügigkeit erhielten die vielen Arbeitnehmenden aus der EU stabilere Aufenthaltsrechte anstelle von prekären Aufenthalt und Schwarzarbeit. Gleichzeitig war aus gewerkschaftlicher Sicht klar, dass die Schweizer Löhne garantiert sein müssen. Die Öffnung muss allen Arbeitnehmenden nützen. Dafür braucht es einen entsprechenden Lohnschutz. Dieser wurde zu einem wichtigen Teil der Bilateralen I. Der Lohnschutz ist die beste Schutzklausel. Er verhindert Lohndruck. Und er sorgt dafür, dass die Arbeitgeber keine Arbeitskräfte aus dem Ausland auf Kosten der Inländer anstellen können.

Die Frage der Einwanderung ist und bleibt gewerkschaftsintern anspruchsvoll. Die Gewerkschaften operieren nicht nach dem Motto «Je mehr Migranten, desto besser», wie das Rico Bandle in

Der Lohnschutz ist die beste Schutzklausel. Er verhindert Lohndruck.

seinem NZZ-Artikel vom 12. Juni insinuiert. Die Durchsetzung des Lohnschutzes ist nicht einfach, solange Kantone wie Zürich im Dumpingfall keine Gegenmassnahmen ergreifen oder Dumping mit äusserst fragwürdigen Entscheidungen, wie im Falle der Air Baltic, sogar legitimieren.

Gleichzeitig ist es eine bewiesene Tatsache, dass sowohl unser altes Kontingentierungssystem als auch die ausländischen Erfahrungen beispielsweise im Fall des Brexits mit bürokratischen Steuerungssystemen nicht zum erhofften Resultat führen. Sie behindern qualitatives Wachstum – und fördern Schwarzarbeit und schlechte Arbeitsbedingungen.

Das klare Nein gegen die SVP-Initiative hat für die Arbeitnehmenden Schlimmeres verhindert. Doch das reicht nicht. Auch mit der Personenfreizügigkeit kann die Schweiz alles tun, damit es Arbeitnehmenden bessergeht. Sie darf einzig nicht nach Nationalität diskriminieren. Wer arbeitet, muss vom Lohn leben können. Wer eine Lehre gemacht hat, soll eine Familie gründen können. Deshalb braucht es einen Lohn von mindestens 5000 Franken für Berufe mit Lehre. Die Lage der älteren Arbeitnehmenden muss sich verbessern. Wenn sie arbeitslos sind, müssen sie von den RAV aktiver bei der Stellensuche unterstützt werden. Für langjährige ältere Arbeitnehmende braucht es einen besseren Kündigungsschutz. Der Lohnschutz muss von den Kantonen konsequenter umgesetzt werden. Das Seco hat bei den flankierenden Massnahmen eine Oberaufsichtsfunktion und muss dafür sorgen, dass die Kantone die Vorgaben umsetzen.

Der nächste europapolitische Schritt sind die Bilateralen III. In anspruchsvollen Verhandlungen mit der EU, aber auch mit Bund, Kantonen und Sozialpartnern konnte eine Lösung gefunden werden, die den Lohnschutz sichert. Nun ist das Geschäft im Parlament. Die Gewerkschaften erwarten, dass das Parlament die Verhandlungslösung vollumfänglich übernimmt.

Daniel Lampart ist Chefökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) und Co-Leiter des SGB-Sekretariats. **Vasco Pedrina** ist ehemaliger Gewerkschaftspräsident (SGB und Unia).

Wie nordkoreanische staatliche Medien berichten, nahm der Führer Kim Jong Un Mitte Juni in Nampo – einem Hafen südwestlich der Hauptstadt Pjongjang – an einer Zeremonie für den Stapellauf des 5000-Tonnen-Schiffs «Choe Hyon» teil. Es ist das grösste je in Nordkorea gebaute Kriegsschiff. Der Zerstörer soll in der Lage sein, atomar bestückte Raketen einzusetzen. Kim sagte anlässlich des Stapellaufs, das Programm zur Ausrüstung der Marine mit Atomwaffen folge unbeirrt seinem geplanten Verlauf. Die «Choe Hyon» symbolisiert Nordkoreas Ambitionen, sich nicht nur auf landgestützte Atomwaffen zu verlassen, sondern auch die Marine einzubeziehen und seine Militärmacht über die nahen Küstengewässer hinaus projizieren zu können.

Vor allem die USA verfolgen seit den neunziger Jahren die Politik, Nordkoreas Atom- und Raketenprogramm zu stoppen, das Land international zu isolieren und durch Sanktionen zu Zugeständnissen zu zwingen und schliesslich durch eine glaubhafte Strategie der Abschreckung davon abzuhalten, Südkorea anzugreifen. Diese Ziele sind derzeit aber kaum noch erreichbar. Der Stopp des Atomprogramms ist gescheitert, und die internationale Isolierung ist durch die Annäherung Russlands und Nordkoreas deutlich durchlöchert. Auch greift China dem diktatorisch regierten Land mit Wirtschaftshilfe unter die Arme. Lediglich die Abschreckung durch das amerikanische und das südkoreanische Militär scheint noch intakt.

In Washington hat man das Thema Denuklearisierung bis heute nicht aufgegeben, obwohl Donald Trump an seinen Treffen mit Kim Jong Un 2018 und 2019 genau an dieser Frage scheiterte. Washington wollte weiterhin Denuklearisierung zur Voraussetzung für weitergehende Verhandlungen machen. Kim lehnte dies strikt ab. Nach Donald Trumps Besuch in Peking Mitte Mai dieses Jahres liess das Weisse Haus verlauten, dass Präsident Xi Jinping und Präsident Trump ihr gemeinsames Ziel, Nordkorea zu denuklearisieren, bestätigt hätten. Prompt

Nordkorea baut sein Atomprogramm aus

Im Schatten dominanter weltpolitischer Themen rüstet das Regime konsequent nuklear auf. Ein radikal neuer Ansatz ist nötig, um die Risiken zu bannen.

Gastkommentar von Herbert Wulf

kam das Dementi des chinesischen Aussenministeriums. Und beim Gipfeltreffen zwischen Russlands Präsident Putin und Xi eine Woche nach Trumps Besuch hiess es, man lehne die Drohungen gegen Nordkoreas Sicherheit ab – ohne die Denuklearisierung zu erwähnen.

Während die USA und Japan ausdrücklich den Begriff Denuklearisierung Nordkoreas verwenden, vermeiden somit China und Russland – ebenso wie die südkoreanische Regierung – diesen Begriff. Der südkoreanische Präsident Lee Jae Myung sprach sich am G-7-Treffen für ein schrittweises Vorgehen hinsichtlich der Denuklearisierung Nordkoreas aus.

Es wäre somit an der Zeit, die Forderung nach Abrüstung der Atomwaffen Nordkoreas auf Eis zu legen und vorderhand auf Rüstungskontrolle zu setzen. Dies könnte in zwei Schritten erfolgen: Erstens wäre es sinnvoll, das Land zum Wiedereintritt in den Atomwaffensperrvertrag zu bewegen, und zweitens, langfristig angelegte Konzepte für Verhandlungen zur Beilegung des Koreakonfliktes zu entwickeln. Nordkorea war ab Mitte der achtziger Jahre Mitglied des Vertrags, kündigte aber 2003. Die Begründung damals: Das Land fühle sich von den USA bedroht. George W. Bush hatte Nordkorea 2002 als Teil der «Achse des Bösen» und als

«Schurkenstaat» bezeichnet und bei Verhandlungen mit Nordkorea harte Bedingungen gestellt, nämlich erst Verzicht auf Nuklearwaffen, dann Verhandlungen über ein Ende der Isolation Nordkoreas. Aber Atomwaffen erschienen dem Regime als Lebensversicherung lohnender.

Voraussetzung für die Reduzierung der Risiken der nordkoreanischen Aufrüstung ist somit das Abrücken von Maximalforderungen, wie sie seit Jahrzehnten erfolglos gestellt wurden. Damit bleiben nur langfristig angelegte Schritte zur Rüstungskontrolle und zur Befriedung des seit den fünfziger Jahren schwelenden Koreakonfliktes, also Verhandlungen, beispielsweise nach dem Muster des «Zwei-plus-vier-Vertrages», der die Grundlage für die deutsche Wiedervereinigung bildete. Teilnehmer der Verhandlungen wären die beiden Korea, die USA, China, Russland und Japan. Möglicherweise sollte auch Europa beteiligt werden, also eine «Zwei-plus-fünf-Verhandlung». Denn bei einer generellen Verbesserung der politischen Beziehungen könnten europäische Länder eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung und die humanitäre Hilfe spielen.

Ziel derartiger Verhandlungen wäre somit nicht primär der Verzicht Nordkoreas auf Atomwaffen. Vielmehr müsste Nordkorea Sicherheitsgarantien erhalten, ein Modus Operandi der Kooperation zwischen den beiden Korea gefunden und Nordkorea in Aussicht gestellt werden, wieder voll anerkanntes Mitglied der internationalen Gemeinschaft zu werden. Ein zentrales Argument für den Wiedereintritt Nordkoreas in den Atomwaffensperrvertrag wäre die daraus resultierende Möglichkeit von Inspektionen durch die Internationale Atomenergiebehörde.

Herbert Wulf ist emeritierter Professor für Friedens- und Konfliktforschung. Er leitete das Bonn International Center for Conflict Studies (BICC) und forschte am Stockholm International Peace Research Institute (Sipri).